



Vorarlberg

Antrag 4

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 19. Mai 2009

Arbeitsplätze, Einkommen und Zukunft sichern

Wir erleben derzeit die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Gierige Finanzhaie und Spekulanten haben weltweit über 5 Billionen Dollar verzockt und die Realwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt. Die Wirtschaftsprognosen lassen keine rasche Besserung erkennen und sagen einen wirtschaftlichen Rückgang von 4 Prozent und einen Beschäftigungsrückgang von 1,2 Prozent voraus. Besonders betroffen sind die exportorientierten Wirtschaftsbranchen (Auto-Zulieferer, Metallverarbeitung). Die Folgen sind in Vorarlberg eine starke Zunahme der Angst um die Arbeitsplätze und einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. So nahm die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Zeitraum Januar bis April 2009 um 25,9, 30,7, 32,4 und 28,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.

Im April waren z. B. insgesamt 11.894 Menschen im Lande ohne Arbeit. Dazu kommen noch 2.074 Personen in diversen Schulungsmaßnahmen.

Besonders betroffene Beschäftigtengruppen sind

- + Jugendliche,
- + gering Qualifizierte,
- + Metall-, Elektro-, Verkehrs-, Textil- und Technikberufe.

Die bisher geplanten Maßnahmen auf Bundes- Landes und Gemeindeebene werden nicht ausreichen, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Beschäftigten auch nur teilweise zu mildern. Es sind daher weitere Maßnahmenpakete zur Abfederung der Krise dingend erforderlich. Was wir brauchen, ist Arbeit, Arbeit und noch mal Arbeit. Das ist wichtig für die Sicherheit der Menschen, ihre Familien, Zukunft, den sozialen Zusammenhalt und auch unsere sozialen Systeme. Dafür lohnt es sich auch, viel Geld in die Hand zu nehmen.

Die 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert

+ Kurzarbeit statt Entlassungen

Der Erhalt eines jeden einzelnen Arbeitsplatzes ist grundsätzlich der Arbeitslosigkeit vorzuziehen. Das ist günstiger als Arbeitslosigkeit und allemal sozialer und für unsere Sozialsysteme verträglicher. Die Kurzarbeit, die derzeit rund 1.700 Beschäftigte betrifft, gehört daher ausgedehnt und finanziell für die Betroffenen abgesichert. Wir bekennen uns grundsätzlich zur Kurzarbeit, die ständigen Störfeuer seitens der Wirtschaft gegen diese arbeitsplatzsichernde Maßnahme sind rasch einzustellen.

+ Mehr Lehrlinge ausbilden

Wir brauchen für unsere Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort gut ausgebildete junge Menschen und vor allem auch FacharbeiterInnen. Dazu müssen wir aber mehr wie bisher für die Ausbildung junger Menschen tun. Es kann nicht sein, dass mehrere Hundert junger Menschen ohne berufliche Chancen die Schulen verlassen. Am besten ist es, mit zusätzlichen finanziellen Anreizen (Blum-Bonus) betriebliche Ausbildungsplätze zu initiieren. Weiters müssen im Lande rasch mehr Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungszentren bereitgestellt und die Qualitätssicherung der Ausbildung garantiert und umgesetzt werden. Die Lehrlingskündigung ist kontraproduktiv und muss zurückgenommen werden.

+ Die Öffentliche Hand muss Vorbild sein

Die öffentliche Hand hat mehr denn je eine Vorbildfunktion. Das fängt bei einem Vorziehen von Investitionen in die Infrastruktur, Bauten und Bildung an und geht hin bis zur Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bund, Länder, Gemeinden und öffentliche Unternehmen sind in der Pflicht, Arbeitsplätze zu schaffen, beispielsweise durch das Vorziehen von Jobausschreibungen und die Erhöhung von Ferial- und Praktikumsplätze. Personelle Investitionen etwa in die Bildung und Pflege sind Investitionen in die Zukunft, die sich für alle auszahlen. Zudem muss es Unterstützung für jene Menschen geben, die auf Grund krisenbedingter Einkommenseinbußen ihre Wohnbaurdarlehen nicht mehr bedienen können. Das Land Vorarlberg kann hier rasch Hilfe leisten, indem es die Kredite im Rahmen der Wohnbauförderung (Landgeld) temporär stundet.

+ Auffanggesellschaft für Betriebe

Wir müssen weiter dringend etwas tun für Betriebe, die ohne staatliche Hilfen und Eigenverschulden in die Pleite rutschen. Mit einer Auffanggesellschaft des Landes, die sich still oder direkt an den Unternehmen beteiligt, könnten zumindest in einigen Fällen die Firmen und Arbeitsplätze gerettet werden. Das Land hat hierfür wie für die Banken das erforderliche Kapital bereit zu stellen. Vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen, die die dringend benötigten Kredite nicht erhalten, könnten damit gerettet und die Arbeitsplätze erhalten werden.

+ Faire Behandlung der Beschäftigten

Wir fordern – gerade in der schweren Krise – eine faire Behandlung und Entlohnung der Beschäftigten ein. Es geht nicht an, einen Milliarden-Schutzschirm zur Rettung der Banken und Firmen aufzuspannen und die Beschäftigten im Regen stehen zu lassen. Wir müssen in Vorarlberg leider immer wieder feststellen, wie von einigen Firmen ganz offensiv Lohndumping und Sozialabbau betrieben wird. Dazu sagen wir „NEIN“. Um die Kaufkraft zu stärken sind ganz besonders jetzt Lohnerhöhungen nötig. In dem Zusammenhang muss auch über eine Erhöhung der Mindestlöhne auf 1.300 Euro nachgedacht werden.

+ Kaufkraft stärken

Ganz wichtig in der Krise ist es, die Kaufkraft der Menschen und damit die Nachfrage zu stärken. Schon allein deshalb sind wir gegen Null-Lohnrunden, Lohnverzicht und dergleichen. Um den Menschen mehr Sicherheit geben zu können, ist es auch dringend erforderlich, die bedarfsorientierte Mindestsicherung endlich umzusetzen.